

Wortprotokoll zu Kapitel 1250

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

96. Sitzung
27. November 2015

Beginn: 10.02 Uhr
Schluss: 18.21 Uhr
Vorsitz: Frédéric Verrycken (SPD)

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Wir kommen zum nächsten Kapitel.

Kapitel 1250 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt - Hochbau –

**MG 10 – Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und
Wissenschaft**

Neuer Titel 71463 – Grundschule Reinickendorf Ost –

hierzu:

**Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen zum Einzelplan 12**

lfd. Nr. 34: Kapitel 1250/neuer Titel 71463

[1900 CG](#)
Haupt

Ansatz 2016: 500.000 €

Ansatz 2017: 3 Mio. €

(in der 93. Sitzung vom 18.11.2015 auf zurückgestellt)

Mitberaten wird:

Bericht SenBildJugWiss – I D – vom 26.11.2015

Grundschulbau Reinickendorf – Ost

(Berichtsauftrag aus der 93. Sitzung vom 18.11.2015)

[2539](#)
Haupt

Wir haben gewünscht, dass der Staatssekretär kommt. Herr Rackles ist anwesend. Ich begrüße ihn außerordentlich. – Gibt es dazu Wortmeldungen? – Bitte, Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Wir bedanken uns für die klare Stellungnahme der Senatsverwaltung zu diesem Themenkomplex! Es war sinnvoll, dass wir diese noch einmal schriftlich angefordert haben, damit der Sachverhalt im Bezirk weiter diskutiert werden kann. In der Sache kann ich das jetzt nicht überprüfen. Wir hatten um die Anwesenheit des Staatssekretärs gebeten, für den Fall, dass es dazu noch Fragen gibt, was zu gegebener Zeit sicherlich der Fall sein wird. Im Moment können wir dazu jedoch nichts weiter sagen. Noch einmal: Wir hatten von vornherein um einen schriftlichen Bericht gebeten. Das Thema zeigt uns, dass es diesen wert ist. Hätten wir den Bericht neulich schon gehabt, dann hätten wir uns die heutige Nummer ersparen können.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Besten Dank, Herr Goiny! – Bitte, Frau Remlinger!

Stefanie Remlinger (GRÜNE): Vielen Dank! – Lieber Herr Goiny! Anders als Sie habe ich, gerade nach dem Bericht, noch einige Fragen, denn aus meiner Sicht sind in diesem Bericht mindestens vier verschiedene Argumentationen enthalten, und Sie sollten sich für eine entscheiden.

Sie sagen zum einen, es gäbe einen Dissens mit dem Bezirk im Hinblick auf die Strukturquote. Der Bezirk sieht einen Bedarf von 2,9 Zügen, die trotz der von Ihnen genannten Maßnahmen unversorgt sind. Wie Sie weiter sagen, rechnet der Bezirk fälschlicherweise mit einer Strukturquote von 100 Prozent, aber Ihrer Meinung nach dürfte er nur mit einer Strukturquote von 90 Prozent rechnen. Hießen die 10 Prozent Unterschied, Sie kämen noch bei 2,7 oder 2,6 Zügen heraus? Ist das der entscheidende Unterschied, auch vor dem Hintergrund, dass in diesem Bezirk – wie bei allen anderen Bezirken auch – keinerlei Flüchtlingsentwicklungszahlen mit drin sind? Die eine Argumentation, die Sie nennen, lautet: Wegen 10 Prozent Interpretationsunterschied hätten wir keinen Bedarf.

Ihre zweite Argumentation lautet, es gäbe kein Bedarfsprogramm. – Es ist richtig, dass es kein Bedarfsprogramm gibt, aber Sie sagten, Sie hätten mehrfach den Bezirk aufgefordert, ein Bedarfsprogramm zu schreiben. Wenn Sie sagen, der Bedarf bestehe nicht, warum haben Sie dann den Bezirk mehrfach aufgefordert, ein Bedarfsprogramm zu schreiben?

Zweitens – zum Bedarfsprogramm: Ist es richtig, dass ein Bedarfsprogramm erst dann erstellt werden kann, wenn die Senatsverwaltung für Bildung den Bedarf anerkennt und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung gesagt hat, dass sie den Bedarf sieht und die Stadtentwicklungsverwaltung wiederum dem Bezirk die Mittel gibt, um ein Bedarfsprogramm zu erstellen? Mit anderen Worten: Der Bezirk kann überhaupt kein Bedarfsprogramm erstellen, wenn Sie den Bedarf nicht bestätigt haben.

Die dritte Argumentation, die hierin enthalten ist, lautet, es gäbe schlichtweg kein Geld. Angesichts der Ausgabenfreude, die Sie allein in dieser Woche an den Tag gelegt haben, wird niemand der hier Anwesenden behaupten wollen, dass die Raten, die wir in den nächsten zwei Jahren einstellen wollen – einmal eine halbe Million Euro und dann 3 Millionen Euro –, für einen benötigten Schulneubau nicht vorhanden sind. Ich schlage vor, dass wir die Argumentation, es gebe kein Geld, kollektiv ad acta legen.

Es gibt aber noch eine vierte Argumentation, die besagt, es gäbe einen Bedarf, aber dieser sei nun einmal in anderen Bezirken dringender. Nach dieser Logik dürfte in keinem anderen Bezirk, außer in Pankow, im Moment gebaut werden, weil dort der Bedarf am dringendsten ist. Wiederum liegt unser Vorschlag, wenigstens diesen Schulbau anzugehen, darin begründet, dass sich der Bezirk wenigstens in der Veranschlagungsreife befindet, während wir die bereits im Unterausschuss „Bezirke“ erwähnten Schulbaubedarfe – zum Beispiel im Bezirk Pankow, der bis zum Jahr 2025 16 neue Grundschulen, fünf Gymnasien und vier Sekundarschulen bräuchte – seriöserweise deshalb nicht zur Veranschlagung vorgeschlagen haben, weil sie noch nicht ansatzweise so weit sind. Insofern schlagen wir vor, noch einmal die Argumentation, andere Bezirke seien dringender, zu erklären, denn vielleicht habe ich Sie falsch verstanden. Wie gesagt: Sie können nicht vier oder zumindest drei in sich widersprüchliche Argumentationen aufmachen. – Ich bitte Sie, dazu Stellung zu nehmen!

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Besten Dank, Frau Kollegin Remlinger! – Bitte, Herr Freiberg!

Michael Freiberg (CDU): Danke, Herr Vorsitzender! – Wir haben die rote Nr. 2539 gerade bekommen. Wie wir gelesen haben, ist das die Position der Senatsfachverwaltung. Vielleicht könnten wir uns darauf einigen, dass wir die rote Nummer in den Unterausschuss „Bezirke“ überweisen und dem Bezirk die Möglichkeit geben, seine Position darzustellen, damit man das dann im zweiten Quartal – von mir aus mit einem Rückläufer – hier hat, denn ich bin kein Fachpolitiker. Ich kann das nicht feststellen und sehe nur zwei Positionen. Die Schulversorgung ist so wichtig, wie sie ist, und deswegen wäre es vielleicht ein vermittelnder Vorschlag, an den Unterausschuss „Bezirke“, einen Bericht zu überweisen, und im zweiten Quartal bekommen wir dann eine Meinung dazu. – Danke!

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Das klingt nach einem guten Vorschlag – danke! Trotzdem müssen wir gleich noch einmal über den Antrag abstimmen. – Bitte, Frau Remlinger!

Stefanie Remlinger (GRÜNE): Direkt zu Ihnen, Herr Freyberg: Prinzipiell ist das ein sinnvoller Vorschlag, nur hatten wir in dieser Woche bereits in der Nachschau des Unterausschusses „Bezirke“ den Bezirk zu diesem Thema da. In der Tagesordnung zum Montag könnten Sie nachlesen, wo der Bezirk schriftlich zur Drucksache Stellung genommen hat und sich genau zu der Problemlage, die ich gerade genannt habe, geäußert hat, nämlich, dass er verfahrenstechnisch nicht in der Lage sei, ein Bedarfsprogramm zu erstellen, solange die Bildungsverwaltung den Bedarf nicht bestätigt und StadtUm nicht gesagt hat, legt los. Ich habe deshalb schon am Montag im Unterausschuss „Bezirke“ gesagt, wir bräuchten einen Ausweg aus dieser kafkaesken Schleife, weil das bereits seit eineinhalb Jahren zwischen dem Bezirk und der Bildungsverwaltung hin- und hergeschoben wird und der eine sagt, bestätigt mir den Bedarf und der andere sagt, schreibe mir erst ein Bedarfsprogramm, woraufhin der eine entgegnet, ich kann kein Bedarfsprogramm schreiben, wenn du mir nicht den Bedarf bestätigst. Das ist für uns ein typisches Beispiel, weshalb wir Sie bitten, sich damit zu befassen, damit wir bei dem Thema, wir müssen bei Bauabläufen schneller werden, nicht an der falschen Seite diskutieren, wenn wir sagen, wir können nur eine Leichtbauweise machen, denn wir müssen schnell bauen. Das ist für uns deshalb nicht der Punkt, weil wir Zeit verlieren, in den fünf, sechs Jahre andauernden Verwaltungsverfahren, bis wir beschließen zu bauen und die entsprechenden Planungsunterlagen da sind.

Also, wenn Sie das jetzt einfach nur noch einmal in den Unterausschuss „Bezirke“ verschieben wollen, dann können wir das machen, aber bitte nicht gleich in der nächsten Sitzung, denn wie gesagt: Wir hatten dieses Thema am Montag, und die schriftliche Stellungnahme des Bezirks ist da. Ich bitte den Senat, zum Verfahren Aufklärung zu betreiben. Das, was ich hier gesagt habe, hatte der Bezirk in Anwesenheit der Finanzverwaltung am Montag unwidersprochen stehen lassen. Falls trotzdem inhaltliche, fachliche Fehler hinsichtlich der Abläufe bei mir liegen sollten, bitte ich um Aufklärung.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Ich habe den Vorschlag von Herrn Freiberg so verstanden, dass das hier zumindest nicht abgeschlossen werden kann – ich glaube, so war es gemeint – und dass dieser Sachverhalt in der Tat vielleicht noch einmal im Unterausschuss „Bezirke“ aufgenommen wird, mit den beiden gegensätzlichen Positionen, die Sie gerade noch einmal dargestellt haben, Frau Kollegin Remlinger. – Bitte, Herr Freiberg!

Michael Freiberg (CDU): Danke, Herr Vorsitzender! Das war gerade der vermittelnde Ansatz. – Also, der Bericht im Unterausschuss „Bezirke“, der ein Unterausschuss des Hauptausschusses ist, mag stattgefunden haben. Zu der roten Nr. 2539 vom 26. November habe ich jetzt eine Position der Senatsverwaltung. Ich finde, dazu ist eine mediative oder sich gegenseitig aufhellende Wirkung erforderlich. Ich kann das nicht sagen. Ich erkenne eine gegensätzliche Position, die sich in einer Kurve oder Schleife befindet und aufgelöst werden muss. Es ist eine Motivation, die der Vorsitzende unterstützt hat, nämlich, dem Unterausschuss „Bezirke“ aufgrund dieser Situation noch einmal die Bitte vorzutragen: Klärt das erst mal! Der Unterausschuss „Bezirke“ ist unser Unterausschuss, aber dann erhöhe ich das noch einmal und sage: Ich möchte bitte gern – von mir aus Mitte des zweiten Quartals oder solange es dauert – eine Stellungnahme der beiden sich Widersprechenden. Vielleicht einigt man sich auf irgendetwas, und vielleicht ist es dann auch ein Missverständnis, aber das weiß ich alles nicht. Meine Bitte ist jedenfalls, dieses nicht unwichtige Thema einfach noch mal anzugehen, und das sollten wir mediativ vielleicht probieren. – Bitte, Frau Remlinger!

Stefanie Remlinger (GRÜNE): Ganz kurz: Ich habe Sie jetzt besser verstanden, Herr Freiberg und finde, dass wir das dann so machen können, wenn sinnvollerweise auch die Bildungsverwaltung im Unterausschuss „Bezirke“ anwesend wäre. Wir hätten dann alle notwendigen Akteure beieinander, manchmal löst das auch Knoten. – Danke!

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Es wäre der Sinn der Sache, dass wir das dem Unterausschuss zur Verfügung stellen, und zwar spätestens bis zur Sommerpause – da spreche ich für den Ausschuss –, dass wir das nicht so spät machen. Vielleicht kann dieses Problem auch etwas frühzeitiger gelöst werden – um Ostern herum wäre nicht schlecht. Frau Wildenheim-Lauterbach hat es mitgenommen. – Bitte, Herr Rackles!

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugWiss): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wenn ich einmal meiner Verwunderung Ausdruck verleihen darf: Wir müssen uns jetzt rechtfertigen, warum wir eine Schule nicht bauen, also warum wir 20 Millionen Euro nicht einem Bezirk übereignen, von dem wir der Meinung, dass der Bedarf nicht besteht. An sich müsste man umgekehrt vorgehen und den Bezirk bitten, auf technischer Basis herzuleiten, woher der Bedarf kommt. Nach langjährigen Verhandlungen mit allen Bezirken prüfen wir auf der Basis von validen Daten, die anerkannt sind – dazu gehören Strukturdatenquoten, das sind keine

widersprüchlichen, sondern ergänzende Argumente, die auf belastbaren Daten und Erfahrungswerten gründen. Am Ende des Berichts wird ein Beispiel genannt. Die Region Reinickendorf-Ost, um die es hier geht, ist nach Auskunft des LABO – das ist eine valide Zahl, die haben wir und auch der Bezirk nicht erfunden – um 29 schulpflichtige Kinder gewachsen, und in die Schule sind zusätzlich fünf Kinder gegangen. Wir reden über ein Volumen, das – verglichen mit anderen Regionen – trivial, bis nicht existent ist. Wir nehmen fünf weitere Kinder in jede Schule auf, aber dazu brauchen wir weder einen neuen Bau noch eine zusätzliche Klasse. Wir haben in diesem Bereich drei zusätzliche Züge und zwei MEBs installiert. Nach unserer Meinung und auch auf Basis der bestehenden Zahlen ist der Bedarf bis 2022 valide abdeckbar. Das wird seit Monaten und Jahren bestritten. Ich habe hier relativ deutlich hineingeschrieben, weil ich glaube, dass es nicht zielführend ist, wenn Sie als Hauptausschuss anfangen, diese Zahlendebatten, die wir mit den Bezirken führen, zu politisieren. – Wir hatten hier eine kleine Onlinepetition, zu der sich immerhin 113 Reinickendorfer gemeldet haben, wobei es egal sind, wie viele darunter von der CDU-Reinickendorf stammten.

Das Problem ist jedoch – deswegen werde ich ein kleines bisschen emotional: Wenn wir anfangen, jeden Bezirk und jede nicht gebaute Schule hier hochzuziehen, dann kommen wir an ein gewisses Ende dessen, was wir leisten können. Wir haben die Verantwortung, in Ihrem Auftrag mit den Haushaltsgeldern einigermaßen verantwortlich umzugehen. Wir müssen rechtfertigen, warum wir 20 Millionen Euro in einer Region verbauen, von der wir schulfachlich der Meinung sind, dass wir sie nicht brauchen. Wir haben den Bezirk aufgefordert, wenn ihr der Meinung seid, dann macht ein belast- und herleitbares Programm. Im Moment ist die I-Planung abgeschlossen, das heißt, formal kann man ein Bedarfsprogramm im Moment nicht erstellen, aber die können natürlich einen Bedarf valide herleiten. Alle schriftlichen und eher globalgalaktischen Ausführungen des Bezirks zu diesem Thema haben wir schriftlich beantwortet und zu entkräften versucht, und zwar mit den normalen Instrumenten, die wir haben. Also, wir kommen an das Ende unserer Möglichkeiten, wenn wir jedes Mal auftauchen müssen, wenn eine Schule nicht gebaut wird. Es wäre tatsächlich hilfreich – wir können diesen Einzelfall gern einmal durchdeklinieren –, wenn wir einmal gemeinsam mit dem Bezirk im Unterausschuss auftauchen und das Ganze herleiten würden.

Noch einmal: Wir haben in anderen Regionen einen deutlich höheren Bedarf. Die Mittel, Frau Remlinger, im investiven Bereich sind begrenzt. Wenn wir auf Zuruf 20 Millionen Euro nach Reinickendorf schieben, dann fehlen 20 Millionen am Fichtenberg in Steglitz-Zehlendorf, Herr Goiny. Das sind kommunizierende Röhren, die nicht ungedeckelt sind, sondern am Ende muss man priorisieren. Wenn wir Geld ohne Ende hätten und Sie uns den Freibrief geben würden, dann könnten wir jede beliebige Schule bauen, aber im Moment haben wir dieses System nicht. Ich halte es nicht für verantwortlich, hier eine Schule zu bauen, wenn der Bedarf nicht einmal ansatzweise unterlegt ist. Auch wenn politische Akteure der Meinung sind, sie brauchen eine Grundschule: Wir können das nicht bestätigen. – [Zurufe] –

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Danke, Herr Rackles, für Ihre Ausführungen! In der Tat scheint es diese Grundschule in sich zu haben. – Es gibt sieben oder acht Wortmeldungen und wir beginnen mit Frau Herrmann. – Bitte, Sie haben das Wort! – [Weitere Zurufe] –

Clara Herrmann (GRÜNE): Ich habe jetzt das Wort und muss Ihnen ehrlich sagen, dass ich jetzt langsam ärgerlich werde. Sie verbraten heute Millionen und Sie kommen mir mit einem Deckel und einer seriösen Schulplanung. Ich frage mich: Warum brauchen wir so viele Schu-

len? Warum haben wir nicht genügend Schulplätze für die Berliner Kinder, wenn Ihre Schulplanung so gut funktioniert hat? Warum reden wir über modulare Ergänzungsbauten, wenn wir eine so gute Schulplanung haben?

Das, was Sie mir hier sagen, ist doch nicht ernst zu nehmen! Setzen Sie sich mit dem Bezirk Reinickendorf im Unterausschuss „Bezirke“ auseinander – machen Sie das gern! Uns liegen definitiv andere Aussagen vor, nämlich, dass es einen Bedarf gibt, dass Sie – von den Zahlen her – eine Entwicklung der Schülerzahlen haben, die Sie miteinander abgestimmt haben und dass das aus Ihrer Sicht nicht notwendig ist, weil zum Beispiel höhere Klassenfrequenzen notwendig sind. Der Bezirk sagt, es gehe um einen darum, dass wir vor allem im Grundschulbereich 40 Prozent Schüler mit nichtdeutscher Herkunftssprache haben, und 40 Prozent der Schüler sind lernmittelbefreit. Das heißt, dass es hierbei um Brennpunkte und Frequenzminderungen geht, aber Sie sagen, das muss nicht sein.

Ich möchte mit Ihnen keine Diskussion um Zahlen führen, sondern das machen wir dann, wenn der Bezirk da ist, und ich möchte von Ihnen auch nicht hören, wir hätten in Berlin eine super und schon seit Jahren gut funktionierende Schulplanung. Ich finde es auch es nicht in Ordnung, dass Sie dem Bezirk sagen, er solle ein Bedarfsprogramm erstellen, aber um dieses erstellt zu bekommen, braucht er von Ihnen das „Go!“, was Sie ihm nicht geben, sodass der Bezirk kein Bedarfsprogramm erstellen kann. Diese Zustände müssen wir aufheben! Deshalb bitte ich darum, dass es möglich ist, uns in der Diskussion im Unterausschuss „Bezirke“ darauf zu verständigen, dass wir eine Lösung brauchen. Ihre Argumentation kann ich an dieser Stelle ganz und gar nicht nachvollziehen.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Besten Dank, Frau Kollegin Herrmann! – Ich habe auch das Gefühl, dass dieses Thema vielleicht im Unterausschuss etwas besser aufgehoben wäre, anstatt jetzt zehn Stunden lang weiter zu diskutieren. – Bitte, Herr Kollege Freiberg!

Michael Freiberg (CDU): Danke, Herr Vorsitzender! – Ich entschuldige mich bei allen, weil ich gerade einmal probiert habe, mediativ zu wirken, zu beschwichtigen und merke, dass ich das schlichtweg nicht drauf habe. Es tut mir leid, aber wenn ich mein altes Muster habe, dann fühle ich mich sicher. – Sorry, man kann sich mal irren! – [Zuruf von Steffen Zillich (LINKE)] – Herr Zillich! Danke, für Ihre Zwischenrufe, aber ich höre sie gerade nicht!

Lieber Herr Rackles! Wenn Sie beim Haushaltsgesetzgeber sitzend sagen, Sie müssten auf den Haushalt und die Finanzen achten, dann glauben Sie mir: wir auch. Ich verstehe Ihre emotionalen Äußerungen, aber kenne die Vorgeschichte nicht und weiß da alles nicht. Der Ansatz, den ich hier habe, ist, dass wir bitte in Augenhöhe etwas miteinander bereden. Ich mag es nicht, wenn einer über den anderen redet – das gilt genauso für den Bezirk, wenn dort gesagt wird, Herr Rackles macht etwas mit den Zahlen. Ich möchte das nicht! Ich möchte bitte, dass diese beiden widerstreitenden Positionen miteinander dastehen.

Das Nächste ist – ich habe es gesagt, und da bin ich nicht mehr nett gewesen –, dass das im Unterausschuss „Bezirke“ vorbereitet wird, denn dort gehört es aus meiner Ansicht hin. Wir können das gern in der Schlussrunde über den Haushalt 2016/17 angehen, ich habe mir für heute viel Zeit genommen, nur macht das in der Vorbereitung eines vernünftigen Gesprächs keinen Sinn. Und dann habe ich gesagt – vielleicht ist das irgendwie untergegangen, nicht, dass man das im Unterausschuss „Bezirke“ löst, sondern mein geschätzter Kollege Torsten

Schneider sagte: „Dann kommen die beiden hierher“. – Ich kenne das Ergebnis nicht, und ich kann mich auch gar nicht in die eine oder andere Richtung echauffieren, denn ich weiß das nicht. Ich lese Ihre Zahlen, aber kenne die Zahlen des Bezirks nicht – sorry, ich bin nicht im Unterausschuss –, und dann kommen die beiden hierher und sind auf diesem netten Prüfstand. Es kommt dann dabei das heraus, was herauskommt, und das ist mir Wurst. – Das war ein nach meiner Art nett gemeinter Versuch, mediativ zu sein. Sorry, dass es nicht geklappt hat, aber ich bleibe bei dem Begehren, dass uns der Unterausschuss „Bezirke“ – dafür ist er da – in einer anderen Runde einmal die Arbeit abnimmt und hier dann – Torsten Schneider, das ist die Bitte –, beide Positionen vorgetragen werden – wer auch immer dann anwesend sein wird, ob nun Frau Scheeres oder der Bezirksbürgermeister. Diese beiden sollen sich dort hinsetzen, dann habe ich von beiden Positionen eine vernünftige Vorlage und Sie oder der andere hat recht. – Das weiß ich jetzt alles nicht, aber das wird sich dann herausstellen.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Besten Dank, Kollege Freiberg! – Herr Nolte!

Karlheinz Nolte (SPD): Ich will es auch kurz machen, weil Ihre Anregung, Herr Vorsitzender, das aufzunehmen, was Herr Freiberg gesagt hat, der Unterausschuss „Bezirke“ solle sich der Sache mal annehmen, sicherlich hilfreich ist. Ich sage mal, ich finde es nur auch in Ordnung, dass Herr Rackles hier seine Position als der für Schule zuständige Verwaltungschef mitteilt und dass er damit nicht hinterm Berg hält. Ich wünschte mir mehr Staatssekretäre mit Rückgrat, die sich trauen, im Parlament auch mal zu sagen, was sie für richtig halten. Weicheier haben wir genug! Und es ist nur so in der Sache – deshalb ist der Vorschlag mit dem Unterausschuss „Bezirke“ sinnvoll –, es ist immer auch eine Frage, betrachte ich Schulstandorte nur aus der Sicht der Schülerzahlen, wie es die Schulverwaltung vornehmlich tun muss, das spielt natürlich an vielen Stellen immer eine Rolle, spielt da die Stadtentwicklung mit rein, muss man aus stadtentwicklungspolitischer Sicht irgendetwas wie eine Schule, Universität oder Sonstiges an der Stelle haben, spielen auch Bezirkssichten mit hinein, dass Bezirke sagen, wir hätten das gerne aus bestimmten Entwicklungsgründen da rein. Wenn das der Unterausschuss „Bezirke“ vorklärt, ist das eine sinnvolle Sache, aber es ist, glaube ich, mehr eine Sache, die in der Tat Bezirk und Schulverwaltung, vielleicht Stadtentwicklung – das kann ich nicht beurteilen, ob das da eine Rolle spielt –, angeht, und erst in zweiter Linie dann eine haushaltspolitische Entscheidung ist. Selbst wenn Haushaltspolitik immer in Zahlen gegossene Politik ist, ist es, glaube ich, an der Stelle sinnvoll, wenn da noch mal ein bisschen was vorgeklärt wird. Von Herrn Rackles kennen wir jetzt die Position, vom Bezirk nicht, aber irgendwann werden wir das sicherlich alles erfahren.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Besten Dank, Herr Kollege Nolte! – Frau Kollegin Remlinger, dann Herr Goiny, dann Herr Schneider, dann Frau Wildenhein-Lauterbach, dann Herr Reinhardt, dann Herr Esser. – [Unruhe] – Ich sage es einfach nur. Wir haben nachher hier auch noch das gesamte Flüchtlingspaket mit einer entsprechenden Resonanz zu diskutieren. Ich weiß jetzt nicht, ob wir das hier in der abschließenden Diskussion führen können. Ich bitte einfach nur noch mal darum, darauf zu achten, dass wir hier noch Einiges vor uns haben. – Frau Remlinger!

Stefanie Remlinger (GRÜNE): Werter Vorsitzender, ich glaube auch, dass wir Einiges vor uns haben, allein, ob wir die Flüchtlingsfrage hier wirklich inhaltlich besprechen und in welcher Ausführlichkeit, da lasse ich mich noch positiv von Ihnen überraschen. – Ich habe mich auch noch mal wegen Herrn Rackles Aussage gemeldet, dass er sich wundert, dass wir uns hier als Haushaltsausschuss über nicht gebaute Schulen beklagen und das zum Politikum machen. Auf der einen Ebene, Herr Rackles, muss ich auch sagen, schätze ich immer die fachliche Auseinandersetzung mit Ihnen, weil wir uns eben sachlich und fachlich auseinandersetzen. Ich möchte einen Kommentar zu der heutigen Ausschusssitzung nur auf der Ebene machen, dass hier auch gerade zwei Politikstile miteinander verhandeln, weil man sich tatsächlich nachgerade lächerlich vorkommt, wenn man sich noch um Zahlen und Daten, Untersetzungen und Fachlichkeit in diesem Ausschuss bemüht, weil die Herren und Damen, die wenigen Damen und Koalitionshaushälter, hier ein amerikanisches Patronagemodell an den Tag legen, wo es auf schwäbisch gesagt der Sau graust. Jetzt haben wir auf der Ebene, sage ich nämlich mal, wenn Reinickendorf-Ost – – Vielleicht sollten wir eine Gebietserweiterung des Bezirks Pankow machen, das ist nämlich relativ nah an dem Wahlkreis von Herrn Schneider, dann würde diese Schule schon stehen, und er wäre auch noch stolz auf seinen korruptiven

Ansatz. Das zum Politikstil, wie hier heute die 10-Millionen-Pakete ohne jegliche Untersetzung über den Tisch gehen.

Das andere ist, werter Herr Rackles, ja, das Thema der nicht gebauten Schulen, der zu spät gebauten Schulen, der verschobenen Bedarfe, der auf der Zeitschiene geschobenen Bedarfe ist das hochpolitische Thema der Schulentwicklungsplanung dieser Jahre. Die Kollegin hat es gesagt, Sie hätten überhaupt nicht in diese Modulbauweise gehen müssen, wenn Sie die Bedarfe frühzeitig analysiert hätten. Sie wissen, dass Sie den Bedarfen hochgradig hinterherbauen und dass deshalb an jeder Stelle, an der Sie sagen, es besteht überhaupt kein Bedarf, während längst klar ist, dass wir hochgradige Probleme haben, die Schulplatzversorgung aufrechtzuerhalten, dann ist jede dieser Aussagen aus unserer Sicht und nach unseren physischen Kräften einer möglichen Überprüfung zu unterziehen.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Besten Dank, Frau Kollegin Remlinger! – Herr Goiny, Herr Schneider und dann weiter.

Christian Goiny (CDU): Ich glaube, wir haben hier einen Sachverhalt gehabt, den wir mal abfragen wollten, bei dem es sich auch offensichtlich lohnt, diskutiert zu werden. Dem Bezirk Reinickendorf wird manchmal auch unterstellt, er würde sich da komisch bei der Unterbringung von Flüchtlingen verhalten, wo man von ihm erwartet, Hallen zur Verfügung zu stellen, die keine Heizung haben und sich dann darüber mokiert. Das ist jetzt hier alles gar nicht mein Thema.

Ich finde es zum einen auch nachvollziehbar, was Herr Rackles gesagt hat, denn ich meine, dass wir in Berlin generell einen Bedarf an Schulbauten und an Schulsanierungen haben, das ist klar, und natürlich ist es richtig, dass man gucken muss, die Mittel, die wir haben, auch so zu verteilen, dass die hier den Prioritäten und Spitzen auch entsprechen. Und das geht auch aus der Stellungnahme der Senatsbildungsverwaltung relativ deutlich hervor, und der Bezirk hat offensichtlich eine andere Position, die war uns zuvor mitgeteilt worden. Da baten wir um Stellungnahme, und ich glaube, deswegen kann man hier auch inhaltlich ein bisschen abräumen, auch vonseiten der Grünen. Wir wissen auch alle, das haben wir auch erst gestern im Plenum diskutiert, dass es aufgrund der Haushaltslage Berlins seit der Wiedervereinigung auch nicht in dem Umfang möglich war, überall in Schulen und Bildungseinrichtungen zu investieren, dass wir jetzt mit der wachsenden Stadt hier einen weiteren Bedarf haben, und dass wir mit dieser Koalition diesem Bedarf auch Rechnung tragen, und das wird auch von der Bildungsverwaltung umgesetzt. Insofern glaube ich, muss man da auch ein bisschen die Kirche im Dorf lassen. Jetzt gibt es offensichtlich eine unterschiedliche Bewertung hinsichtlich eines bestimmten Bedarfs in einer Region, und das muss jetzt noch mal diskutiert werden. Da haben wir jetzt eine klare Aussage der Bildungsverwaltung. Das würden wir jetzt gerne noch mal abgleichen mit dem, was der Bezirk dazu sagt. Dann kann das im Unterausschuss „Bezirke“ noch mal diskutiert werden, und dann werden wir sehen, zu welcher Einschätzung wir da kommen. Ich glaube, das geht natürlich alles in allem nur im Rahmen der Möglichkeiten, die wir hier haushalts- und finanzpolitisch haben, und dass da Prioritäten gesetzt werden müssen, sowohl im Bezirk in seiner Zuständigkeit, das verstehe ich auf der einen Seite, aber natürlich auf landespolitischer Sicht durch die Bildungsverwaltung auch, das ist doch ganz klar. Und wenn wir hier die Argumente und die Positionen von beiden Verwaltungsebenen mal miteinander im Fachausschuss, im Unterausschuss, diskutiert haben, sehen wir da vielleicht ein bisschen klarer. Dann kann man sich die eine oder andere Aufregung und Empörung an dieser

Stelle auch sparen, denn das bringt an dieser Stelle gar nichts, solche emotional aufgeladenen Schaufensterreden zu halten.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Besten Dank, Herr Goiny! – Als Nächstes Frau Wildenhein-Lauterbach! – Bitte schön!

Bruni Wildenhein-Lauterbach (SPD): Es gab im Unterausschuss „Bezirke“ genau dieselbe Diskussion. Frau Remlinger war so engagiert, wie sie jetzt hier ist und hat hier auch in die Zukunft geschaut, was brauchen wir anzahlmäßig für Schulen usw., und das war auch sehr beeindruckend, muss ich sagen. Und wir haben auch auf unserer Tagesordnung das Thema geflüchtete Kinder, Ausstattung von Willkommensklassen usw., da war die Senatsverwaltung im Unterausschuss nicht anwesend, weil wir gesagt haben, wir diskutieren das erst mal an, dann fordern wir Berichte an, und dann laden wir die Senatsverwaltung ein. Genauso machen wir das auch. Das haben wir beschlossen. Wir haben Berichte angefordert, die noch kommen. Das wird aber dieses Problem mit Reinickendorf auch nicht lösen, denn wir hatten natürlich alle einzelnen Bezirke eingeladen, und auch Herr Balzer vom Bezirk Reinickendorf hat sich zu den Bedarfen positioniert, und er hat sogar im Grunde genommen keine Klagen in dem Sinne gesehen, sondern das war die kürzeste Stellungnahme von einem Bezirk, die wir hatten. Deshalb haben wir da kein Problem gesehen, weil es vom Bezirk aus gesehen nicht vorhanden war. Und die Punkte, die wir noch mal auf Wiedervorlage haben, nehmen wir auch weiter auf. Das ist ja unser Programm. Wir nehmen dem Hauptausschuss gerne einen Teil der Arbeit ab, wenn es möglich ist. Wenn aber die Diskussionen im Unterausschuss „Bezirke“ in derselben Länge geführt werden, wie jetzt hier noch mal, dann ist das keine Abnahme der Arbeit. Das muss ich jetzt mal sagen. Wir wollen eigentlich zuarbeiten und wollen alle Mitglieder hier im Hauptausschuss unterstützen und wollen Zeit sparen. Und das ist uns aber leider in dem Punkt jetzt hier nicht gelungen, wie ich feststelle, das finde ich ein bisschen schade, aber nichtsdestotrotz werden wir weiter dranbleiben und werden dieses Thema in einer der nächsten Sitzungen behandeln, das haben wir uns vorgenommen. Wir wollen den Bericht am 20. Januar liefern, Frau Remlinger kriegt einen Bericht am 31. März, Frau Dr. Schmidt kriegt einen Bericht. Ich habe die Tagesordnung mit den Berichtsanforderungen hier. Ich kann alle beruhigen, es geht alles im Grunde genommen seinen, wie ich es dann sage, sozialistischen Gang, aber zumindest wird der Unterausschuss das Problem, wenn der Bezirk eine andere Auffassung hat als die Senatsverwaltung, auch nicht auflösen. Das muss ich jetzt wirklich mal sagen, aber wir wollen uns an der sachlichen Arbeit weiter orientieren.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Besten Dank, Frau Vorsitzende! – Als Nächstes Herr Schneider!

Torsten Schneider (SPD): Ich bisschen sauer bin ich schon, denn hier wird ein Vorgang hochgezogen und dann generalisiert. Das ist gestern im Plenum genauso gelaufen. Wenn man keine substanzielle Kritik vortragen kann, wird sofort verallgemeinert und generalisiert. Ich meine jetzt nicht die Linken. Die haben sich hier ja herausgehalten. Aber ich will es jetzt auch genau wissen. Wenn mir der Senat sagt, es gibt dort einen Mehrbedarf von fünf Schülern, so habe ich das jedenfalls akustisch verstanden, dann müssen die Grünen schon erklären, warum sie genau an dieser Stelle meinen, für fünf Schüler hier einen zweistelligen Millionenbetrag in die Hand zu nehmen. Und deshalb, wenn der Unterausschuss diese Debatte beendet hat, behalten wir uns ausdrücklich vor, hier dann allein zu diesem Schulvorgang einen Besprechungspunkt anzumelden, und dann will ich wissen, ob es nun 5 sind oder 500. Im zweiten

Fall muss da sofort eine Schule gebaut werden, im ersten Fall, werte Damen und Herren von den Grünen, stehen Sie da wie ein Nappel.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Besten Dank, Kollege Schneider! – Und als Nächstes Herr Reinhardt und dann Herr Esser.

Fabio Reinhardt (PIRATEN): Im Rahmen der Zeiteffizienz ziehe ich zurück.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Danke, Herr Reinhardt! – Herr Esser!

Joachim Esser (GRÜNE): Also, wer dann der Dackel sein wird, überlasse ich dem Unterausschuss „Bezirke“. – [Torsten Schneider (SPD): Nein, nein, das machen wir hier!] – Das können wir dann auch hier machen. Ich sage Ihnen mal, Sie sind dann schon heute der Dackel, denn, wenn das dann in Reinickendorf falsch sein sollte, hätten Sie das auf alle Fälle, nicht nur einen, in Pankow oder Lichtenberg, in Ihrem Haushaltsplan haben müssen, was Sie aber nicht haben. Also sind Sie zunächst mal der Dackel.

Wir haben den Antrag auch gestellt, um genau diese Diskussion, die wir jetzt hier führen, zu bekommen.

Ich habe mich jetzt aber an der Stelle gemeldet, als Herr Nolte gesagt hat, na ja, das ist ja vielleicht jetzt nicht im engeren Sinne eine haushaltspolitische Frage. Und genau das ist es doch und gibt deswegen Anlass zu so einer grundsätzlichen Anmerkung, von der ich weiß, Herr Schneider, dass Sie sich der auch nicht vollständig verschließen werden. Ich wollte das eigentlich sagen, wenn wir an den Einnahmetitel Tilgung von Wohnungsbaudarlehen bei Kapitel 1295 angekommen sind. Ich sage das aber mal jetzt. Warum ich mich vorhin so aufgeregt hatte und sogar dann mal an die frische Luft gehen musste, damit ich hier nicht noch weiter explodierte, war genau dieser Punkt. Sie geben hier heute 50 Millionen Euro aus vorzeitiger Wohnungsbaudarlehenstilgung für weit überwiegend konsumtive Zwecke – Personalstellen, Sachkostenzuschüsse – aus. Und da kann man zum Beispiel mal einen haushaltspolitischen Nachhaltigkeitsgedanken dransetzen, weil es mit dieser Finanzierungsquelle Folgendes auf sich hat: Wir sollten sie miteinander ja gar nicht so lieben und sollten uns aus zwei Gründen wünschen, die vorzeitige Tilgung ginge gegen null, weil uns mit jeder dieser Tilgungsmillionen sozialer Wohnungsbau aus der Bindung verschwindet, selbst wenn wir da sagen, jetzt wieder zehn, zwölf Jahre bleibt die noch, ist das dennoch der Preis, den wir wohnungspolitisch dafür bezahlen. Und der zweite Punkt an dieser Stelle, weswegen wir das sogar aktiv werden abbremsen müssen, besteht in der Problematik, die wir hier diskutiert haben, der Ertragslage der IBB im Endfall inklusive dem Thema des 30 Millionen Euro Berlin-Beitrags. Warum? Das ist alles Haushaltspolitik. Warum? – Weil das Aufwendungsdarlehen, das hier getilgt wird, ein staatlich verbürgtes ist und deswegen von der IBB nach den Bankenregulierungsregeln nicht mit Eigenkapital unterlegt werden muss. Wenn die IBB, worum sie sich ja bemüht, das Geschäft nicht komplett verlieren will, sondern diesen Leuten, die hier und bei uns tilgen, ein Anschlussdarlehen zu heutigen Marktkonditionen gibt, handelt es sich dabei um ein normales, ich nenne das mal, privates Immobiliendarlehen ohne staatliche Verbürgung, was mit Eigenkapital unterlegt werden muss. Das heißt, die IBB hat entweder die Situation, dass sie diesen Kredit und die daraus kommenden Einnahmen bei dieser Tilgung gar nicht mehr hat, oder die Situation, dass sie mit einer entschieden geringeren Marge – das ist ja okay – wenigstens das Geschäft rettet, aber von der Bankenregulierung unter Druck kommt,

weil sie andere Eigenkapitalunterlegungen machen muss. Deswegen diskutieren wir alle darüber, ob es nicht möglich ist, diese Aufwendungsdarlehen an heutige Marktverhältnisse anzupassen, also nicht 7 Prozent Zinsen zu nehmen, sondern 2 Prozent oder was auch immer, damit das mit der vorzeitigen Tilgung zurückgeht, die IBB ihr Geschäft behält, was Eigenkapitalunterlegungen nicht verlangt, dadurch eher in der Lage ist, uns etwas in den Haushalt zu geben, und wir gleichzeitig etwas dafür tun, dass sozialer Wohnungsbau in der Bindung bleibt. Meiner Ansicht nach ist bei so einer Operation auch in der Tat noch etwas für die Senkung der Mieten möglich, mindestens dafür, dass wir nicht jährlich den Mietern 13 Cent Steigerung im sozialen Wohnungsbau verordnen müssen, wie das im Augenblick der Fall ist. Und das bedeutet für mich, zumal es sich hier um Darlehenstilgungen handelt, also eigentlich um Tilgung von Altschulden, die in unseren 60 Milliarden Euro drin sind, dass das Gelder sind, viel deutlicher als alle anderen, auf denen ich nicht einen strukturell konsumtiven Ausgabenpfad aufbaue, sondern die in eine investive Bindung gehören. Und in so einer Situation – das war jetzt grundsätzlich mal der haushaltspolitische Vortrag, das sehen Sie vielleicht alles ähnlich, wenn Ihnen der Gesamtzusammenhang bekannt ist –, uns jetzt hier zu sagen, wir schmeißen diese 50 Millionen Euro zwar für konsumtive Ausgaben in unseren Wahlkreisen raus als Rot-Schwarz, aber für einen investiven Schulbau haben wir es nicht, wo das im ersten Schritt jetzt erst mal nichts Strukturelles wäre und zweitens eine Sache wäre, die mit der Herkunft dieser Mittel korrespondiert, das schlägt dann, Herr Nolte, haushaltspolitisch dem Fass den Boden aus. Und deswegen habe ich mich über diese Sache so aufgeregt, denn hier ist natürlich deutlich, jenseits dessen, Herr Schneider, was Sie sagen, ob jetzt wirklich die richtige Schule gegriffen wurde, dass wir hier eine Grundsatzauseinandersetzung haben, jedenfalls mit Ihnen – vielleicht nicht mit allen Bestandteilen dieser Koalition –, aber mit dieser Regierung, und zwar über die Frage, ob diese 50 Millionen Euro einer investiven Verwendung und insbesondere für die gesetzlich gebotene und von uns allen als notwendig erkannte Versorgung mit Schulraum verwendet wird oder für all den Kram, den Sie uns hier auf den Tisch gelegt haben. Und dazu haben wir eine eindeutige Haltung, und das ist eine Grundsatzkontroverse haushaltspolitischer und allgemeinpoltischer Art.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Besten Dank, Kollege Esser! – Wir haben jetzt, glaube ich, gerade die Eine-Stunde-Marke überschritten, was diesen Tagesordnungspunkt betrifft. Herr Rackles hat trotzdem das Bedürfnis, noch mal etwas zu ergänzen. – Bitte schön, Herr Rackles!

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugWiss): Ich mache es ganz kurz. Bildungspolitik eignet sich ja zu Grundsatzfragen, keine Frage. Dass man sich hier befasst, Frau Remlinger, ist ein Missverständnis. Sie können sich immer mit Schulbau befassen. Die Frage ist, ob es sinnvoll ist, dass man den Nichtbau einer Schule politisiert. Sie haben es selber gemacht durch die Verknüpfung mit Wahlkreisen. Das ist bei uns kein Kriterium. Wir sind im Gegenteil unterwegs zum Beispiel, ich nehme das Beispiel Mitte, ich weiß gar nicht, welcher Wahlkreis das ist, wir haben gegen den Bezirk einen Schulbau identifiziert und den Bedarf in der Heidestraße gedeckt. Da wird mit einem Investor eine Grundschule für 20 Millionen Euro gebaut.

Herr Esser, wenn 50 Millionen Euro oder 100 Millionen Euro übrig wären, hätte ich zehn andere investive Standorte. Wir priorisieren Listen in der I-Planung. – [Joachim Esser (GRÜ-NE): Die sind übrig!] – Ja, Herr Esser, egal, was übrig ist – in Anführungsstrichen –, das ist ein relativer Begriff. Dieser Standort in Reinickendorf-Ost, über den Sie hier reden, ist nicht

der Standort, wo Geld sinnvoll investiert ist. Darum geht es doch im Moment nur. Und ich glaube, das muss man noch mal klar machen. Wir haben in den Bereichen, und Herr Schneider, wir hatten das Beispiel genannt, die LABO-Daten ergeben im Moment eine Steigerung von fünf, dieses Jahr werden es mehr sein, lassen Sie es zehn sein. Es zeigt aber, dass von den 29 zusätzlichen Kindern fünf in der Schule landen, das heißt, wir haben hier eine Übergangsquote von unter 30 Prozent. Die gehen auf Privatschulen, die gehen in andere Bezirke. Der Bezirk rechnet mit 100 Prozent der Kinder in einer Grundschule. Das ist hoch unseriös. Das werden wir im Unterausschuss noch mal ausweiten müssen. Es gibt im Bereich Reinickendorf-Ost keine Baufelder, man kann nicht weiter verdichten, das ist dicht verbaut. Wir haben extra die Wohnungsleitstelle dazu interviewt. Wir haben eine Runde gemacht, wo wir gefragt haben, ist es möglich, was der Bezirk unterstellt, dass es zusätzliche Verdichtungen in diesen Bereichen gibt. Da sind die Grenzen sehr eng gesetzt, wenn es in Reinickendorf einen Bedarf gibt, dann ist es Tegel. Wir – nicht der Bezirk – haben in Tegel zwei Grundschulen an die ISS angemeldet. Das ist der Bedarf, wo es brummt. Und wir verkämpfen uns hier gemeinsam an einem Ort in Berlin, wo, glaube ich, im Moment kein seriöser Bedarf definierbar ist. Und das werden wir im Unterausschuss noch mal darlegen.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Besten Dank, Herr Staatssekretär! – Jetzt hat sich noch Herr Schneider gemeldet und dann Frau Kollegin Remlinger. – Herr Schneider, bitte schön!

Torsten Schneider (SPD): Am 18. November 2015 gibt es einen Änderungsantrag – rote Nr. 1900 CD – von der Fraktion Die Linke, um das Kapitel 1295 Titel 181 41 um 50 Millionen Euro zu verstärken. Am selben Tag, den 18. November 2015 – rote Nr. 1900 CG –, gibt es einen Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, das Kapitel 1295, Titel 181 41 um 45 Millionen Euro zu verstärken. Und heute gibt es einen Änderungsantrag der Koalition – jetzt will ich es nicht noch mal vorlesen –, denselben Titel um 50 Millionen Euro zu verstärken. Wir sind uns also im Ausschuss völlig einig. Jetzt kommt die politische Behauptung, wir geben es für etwas Falsches aus. Das ist geschenkt, aber dafür hätten Sie uns diese Stunde hier nicht aufdrücken müssen.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Besten Dank, Kollege Schneider! – Frau Remlinger hat das Wort.

Stefanie Remlinger (GRÜNE): Herr Schneider, das kann ja jetzt wohl auch wirklich nicht Ihr Ernst sein. Da hat mein Kollege wohl hinreichend klar und für Haushälter doch wohl ersichtlich einen Punkt aufgemacht. Wie können Sie sagen, es ist doch egal, wofür wir 50 Millionen Euro ausgeben? – [Zuruf von Torsten Schneider (SPD)] – Das haben Sie gerade wörtlich gesagt. Ich bitte um ein Wortprotokoll zu diesem Tagesordnungspunkt.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Wenn Sie es nicht gemacht hätten, hätte ich es sonst auch noch mal beantragt, weil es zwischendurch so klang, als ob hier jemand als „korruptiv“ bezeichnet worden wäre. Das müsste man dann auch noch mal nachprüfen und ggf. natürlich dazu dann vielleicht auch noch mal schauen, wie wir uns dazu verhalten. – Frau Remlinger!

Stefanie Remlinger (GRÜNE): Ja, das habe ich in der Tat gesagt. Das ist aus meiner Sicht, in meinem Politikverständnis, seinen eigenen Wahlkreis zu bevorzugen, zu schauen, dass da Geld hinfließt, egal, wie die sonstigen Bedarfe der Stadt sind, ein korruptives Politikverständnis, und ich glaube, dass das von der Meinungsfreiheit gedeckt ist, das so zu bezeichnen.

Ich habe jetzt noch mal klar vom Staatssekretär gehört, dass er mindestens zehn andere Schulbaumaßnahmen hat, die er für notwendig hält, und ich bitte darum, die dann auch mal für den Ausschuss aufzulisten. Wenn wir die Diskussion sachlich weiterführen wollen, ob wir diese 50 Millionen Euro oder 45 Millionen Euro, wie auch immer sich diese Beträge unterscheiden, die wir da aus dem Titel rausnehmen wollen, um Dinge zu finanzieren, ob wir sie für Vereine, für Hunderauslaufgebiete, die es noch gar nicht gibt, ausgeben, oder sie ins Sportcamp Stahl schicken zur Gewaltprävention, der einen hochumstrittenen inhaltlichen Ansatz hat, ob wir überhaupt eben das in konsumtive Mittel kippen oder ob wir es in investive Mittel kippen, investive Bedarfe, die auch noch von schulgesetzlichen Anforderungen untersetzt sind, und wo Sie alle wissen, dass es sehr wohl direkte Auswirkungen auf die Versorgung mit Schulplätzen hat. Sie wissen, dass wir ganz akut nicht genug Schulplätze für Flüchtlinge haben usw., und dann wollen Sie hier behaupten, es sei nicht politisch, es sei unter Haushältern völlig egal, ob man das für das Lieblingsprojekt des einzelnen Politikers hier ausgibt oder ob man das investiv für die akuten Bedarfe aller Menschen in dieser Stadt bindet.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Inhaltlich haben wir das jetzt, glaube ich, abgeschlossen. Trotzdem finde ich noch mal eines hier ganz wesentlich, das müssen wir jetzt einfach auch noch mal miteinander klären, Frau Remlinger. Sie sind eine wirklich sehr geschätzte Kollegin von mir, aber es geht nicht, dass Sie jemanden der Korruption bezichtigen, egal, wer es ist, ob das jetzt Herr Schneider ist oder ob das jetzt Herr Reinhardt ist oder wer auch immer. Ich glaube, dass jeder hier mit dem Recht sitzt, für seine Belange Anträge einzubringen, seien sie richtig oder seien sie falsch. Ich sehe jetzt hier auch keinen SPD-Änderungsantrag zu dem Thema zu der Diskussion, deswegen würde ich Sie ganz herzlich bitten, den Korruptionsvorwurf hier zurückzunehmen, ansonsten müsste ich die Sitzung unterbrechen.

Stefanie Remlinger (GRÜNE): Werter Herr Vorsitzender, wenn Sie das als Korruptionsvorwurf verstanden haben, dann nehme ich das selbstverständlich zurück. Ich habe den Politikstil kritisiert.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Gut! Besten Dank, Frau Remlinger! – Wir kommen zur Abstimmung des Änderungsantrages. Wir haben uns darauf verständigt, dass die Diskussion vielleicht im Unterausschuss „Bezirke“ zum Abschluss gebracht wird, nach Ostern war, glaube ich, der Zeitraum, der jetzt angedacht worden ist. Ich lasse abstimmen über den Änderungsantrag der Grünen – rote Nr. 1900 CG lfd. Nr. 34. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die Grünen. Gegenstimmen? – SPD, CDU. Enthaltungen? – Linke und Piraten. Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt. Den Bericht 2539 haben wir damit zur Kenntnis genommen.